

Der Sozialstaat oder wie viel Emanzipation braucht ein Mensch?

Sozialstaat erscheint oft als identisch mit (sozialer) Marktwirtschaft und in einer bestimmten Weise ist er das auch. Er sichert einige Risiken derer ab, die gezwungen sind, Geld mit Erwerbsarbeit zu verdienen. Das war nicht immer so. Rechtsgeschichtlich und systematisch ist zunächst das Eigentum geschützt. Ziel der ersten demokratischen Kämpfe europäischer Bürgerinnen war es, mit dem eigenen Besitz frei verfahren zu können. Dazu gehört es auch, Arbeitskräfte einzustellen und Arbeitsprozesse zu organisieren. Die Menschen haben kein Recht auf Arbeit, sondern lediglich darauf, ihre Arbeitskraft verkaufen zu dürfen. Im Frühkapitalismus konnten die Arbeiterinnen, losgelöst vom Schutz ihrer Großfamilien oder Dorfgemeinschaften, kaum ihr bloßes Überleben sichern. Für die Betriebe wurde der Nachschub an gesunden und arbeitsfähigen Beschäftigten ungewiss. Staatliche Eingriffe in das System geteilter Unsicherheit wurden nötig. Bei aller Verschiedenheit im Konkreten gibt es Gemeinsamkeiten. Staatliche Maßnahmen sichern Mindestbedingungen der materiellen Existenz ab, schützen besondere Gruppen wie Kinder oder Schwangere, regeln Arbeitsbedingungen oder -zeiten. Die Beschäftigten sind damit nicht mehr völlig schutzlos, aber der Herrschaftscharakter der Gesellschaft ändert sich nicht. Sozialpolitik geschieht nicht freiwillig, sondern auch in Reaktion auf und im Widerspruch zu den Selbstorganisierungsbemühungen der Arbeiterinnen. So ist die Entstehung des Sozialstaats sowohl aus dem Herrschaftsanspruch des demokratischen Staates wie den Kämpfen der Arbeiterinnenbewegung zu erklären.

Im Unterschied zum liberalen Staat gibt er ein Versprechen: Wenn die Beschäftigten sich an die Regeln halten, wenn sie auf grundsätzliche Systemopposition verzichten, dann sorgt der Staat im Gegenzug für eine gewisse materielle Absicherung. Dieses Versprechen war immer unsicher, für manche galt es gar nicht, zum Beispiel für Nicht-Staatsbürgerinnen. Für andere war es an zusätzliche Bedingungen geknüpft. Deren wichtigste war und ist der Zwang zur Erwerbsarbeit. Daran waren und sind Bevölkerungsgruppen höchst ungleich beteiligt. Jugendliche und Kinder bleiben auf die Väter und Familien angewiesen. Zwar gibt es für sie Kindergeld unabhängig vom Einkommen. Aber die Ärmsten sind davon ausgenommen, ihnen wird es von den Transfereinkommen (Sozialhilfe, ALGII) abgezogen. Dafür bekommen alle Steuervorteile, die nur bei hohem Einkommen sinnvoll nutzbar sind.

Vor allem Frauen hingen schon zu den Hochzeiten des Sozialstaates in extremem Maße von ihren Ernährer-Ehemännern ab. Ihr Anspruch auf die Versicherungsleistungen Rente und Krankenversorgung entstand nur aus der Ehe. Hausarbeit wird nicht bezahlt und gilt als minderwertig. Bis 1973 brauchten verheiratete Frauen in der BRD die schriftliche Einwilligung ihrer Ehemänner, wenn sie eine bezahlte Arbeit aufnehmen wollten. Bis heute erhalten sie regelmäßig niedrigere Einkommen als Männer und damit geringere Rentenansprüche. Selbst die erreichen sie nicht in vollem Ausmaß, da ihre Erwerbsbiografien in der Regel Lücken aufweisen. Sie hatten Zeiten mit fester Beschäftigung und solche ohne, mit Teilzeitarbeit und allen Formen versicherungsfreier Tätigkeit. Für solche Erwerbsbiografien hielt der Sozialstaat noch nie eine ausreichende Sicherheit bereit.

Arbeitszwang, Ausgrenzung, Unterwerfung unter Herrschaftsansprüche gegen ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit, das mag vielleicht für viele ein schlechtes Geschäft gewesen sein, aber es war immerhin eines. Heute gilt das Sozialstaatsversprechen so praktisch nicht mehr, auch wenn immer noch von sozialer Sicherheit die Rede ist. Aber der Inhalt hat sich geändert, und zwar doppelt. An die Individuen als Arbeitstätige gerichtet bedeutet das, sie müssen sich in der Konkurrenz mit ihren Mitbewerberinnen auf den Märkten durchsetzen und sich immer wieder neu den veränderten (Heraus)Forderungen wechselnder Jobs stellen. Materielle und soziale Absicherung gibt es nicht mehr als Recht, sondern nur als Prämie für erfolgreiches Agieren auf dem Markt.

Den Individuen als Staatsbürgerinnen verheißt das Versprechen sozialer Sicherheit etwas völlig Anderes: Wer sich staatlichem Herrschaftsanspruch fügt, dem verschafft der Staat eine neue Form von Sicherheit, Sicherheit vor terroristischer und krimineller Bedrohung. Die Russenmafia und El Quida hält uns der Staat heute vom Hals, nicht mehr Armut und Ausgrenzung. Von diesem Schutz

profitiert selbstredend am meisten, wer am meisten zu verlieren hätte. Der Sozialstaat richtete sein Versprechen an die Ärmsten, der Sicherheitsstaat an die Reichsten.

Die Armen müssen nicht nur von ihren sozialen Leistungen Abstriche hinnehmen, damit der umfassende Sicherheitsaufwand bezahlbar bleibt. Oft genug werden sie selbst zum Sicherheitsrisiko erklärt und die Repression richtet sich gegen sie. Es ist ähnlich wie am Anfang: Der Schutz gilt vor allem dem Eigentum und dem Lohnarbeitsverhältnis. War der Sozialstaat der Versuch von Herrschaft durch Konsens, so ist der Sicherheitsstaat der Versuch, Konsens durch Repression und Einschüchterung zu erzwingen.

Selbst wenn er es anders wollte, verliert der Sozialstaat in der allumfassenden Konkurrenz der Standorte seine Verteilungsspielräume. Nationale Sonderlösungen sind in einer globalisierten Welt nicht mehr möglich, aber Sonderlösungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen werden versucht. Verschanzt in ihren Vierteln der global cities, bewacht von schwer bewaffneten Söldnern, außerhalb nur noch im Hubschrauber oder Flugzeug unterwegs, zur Erholung wie zum Einkauf in ebenfalls ummauerte shopping-malls, fristen Gewinnerinnen der Globalisierung ein sonderbares, reiches Leben. Soziale Sicherheit für alle ist heute nur noch denkbar, wenn in dieses gesamte System geteilter Unsicherheit staatliche Eingriffe in weltweiter Perspektive stattfinden.

Mehr Informationen:

<http://www.arbeitnehmerkammer.de/>

Bremer Webseite mit umfassenden Informationen zu konkreten sozialen Problemen

<http://sozialstaat.ch/>

Ursprünglich Webseite einiger Schweizer Universitäten, jetzt eine private Initiative